

Versicherer rüsten sich gegen Hackerangriffe mit KI

Die jüngst entdeckten PHP-Sicherheitslücken zeigen die Risiken für Anbieter von Cyberversicherungen – gewaltige Schäden drohen

LORENZ HONEGGER, VALENTINA RÖTHELI

Die Meldung hat vergangene Woche die IT-Welt aufgeschreckt: Mithilfe künstlicher Intelligenz haben Sicherheitsforscher gravierende Schwachstellen in der Programmiersprache PHP aufgespürt, die auf etwa 70 Prozent der Websites zum Einsatz kommt. Die Experten der Google-Tochter Wiz Research zählen die entdeckten Schwachstellen zu den schwerwiegendsten der Softwaregeschichte.

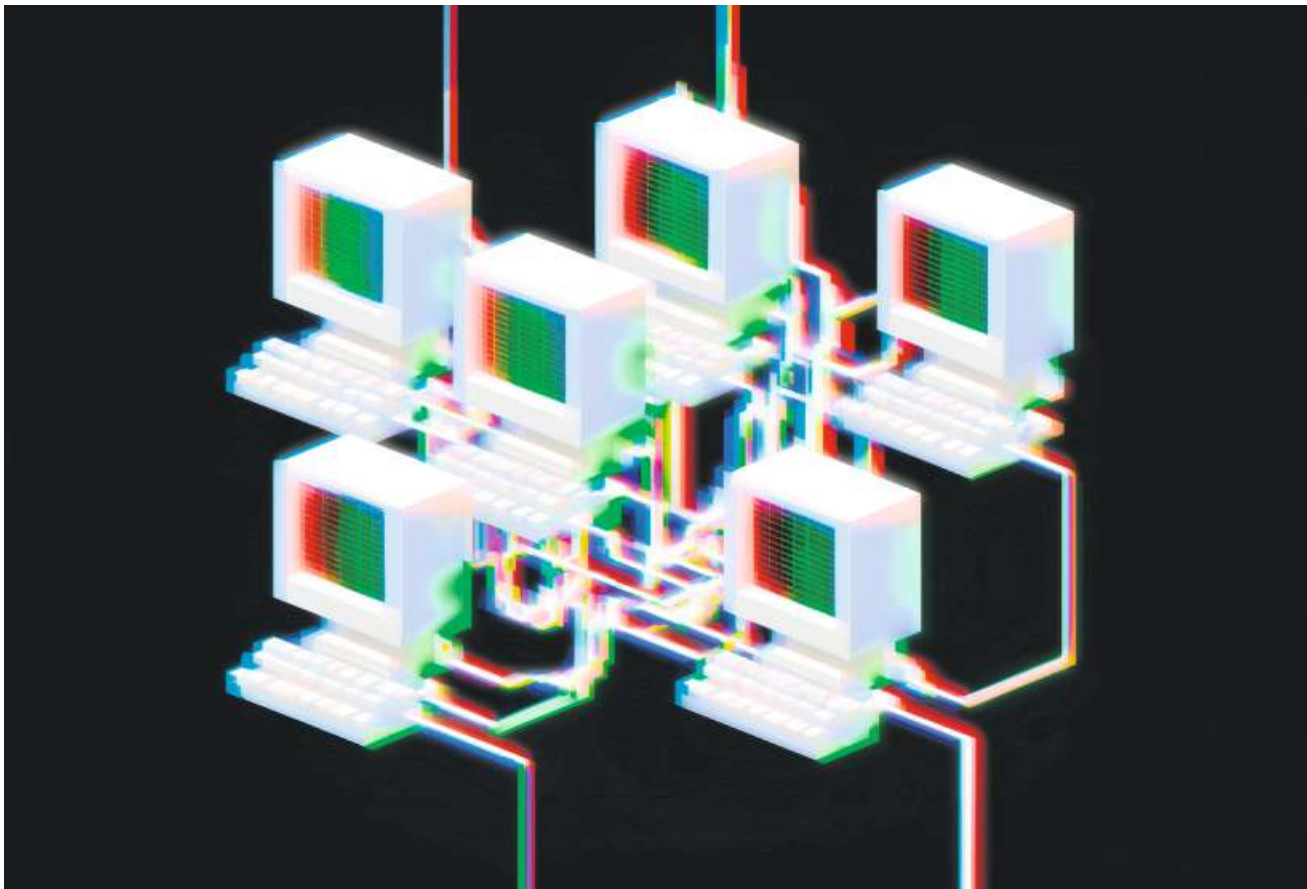
Doch die Entdeckung ist mehr als nur ein Thema für die IT-Sicherheit. Sie ist auch ein Warnsignal für die globale Versicherungsbranche. Denn wären die Schwachstellen zuerst in die Hände von Hackern gefallen, hätten die finanziellen Folgen gewaltig sein können.

Grossflächige, auf systemweite Sicherheitslücken ausgerichtete Angriffe sind für Cyberversicherer ein Problem, weil wie bei einer Pandemie oder einem schweren Erdbeben Tausende Unternehmen gleichzeitig davon betroffen sind. Die Schäden können so hoch ausfallen, dass selbst grosse Versicherer finanziell an ihre Grenzen stossen. Mit der Zunahme von KI-gesteuerten Cyberangriffen droht sich diese Problematik zu verschärfen.

Zahlungsfähigkeit in Gefahr

Das Finanzstabilitätsinstitut der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) betonte bereits im Juni: Das Kernproblem für Cyberversicherer seien nicht durchschnittliche Ransomware-Angriffe, sondern «miteinander korrelierte Extremereignisse», die zahlreiche versicherte Unternehmen gleichzeitig betreffen. Zum Beispiel: Wenn grosse Cloud-Anbieter ausfallen, Hacker kritische Infrastrukturen angreifen oder massenhaft eine weitverbreitete Software-Schwachstelle ausnützen: «Eine einzige Sicherheitslücke kann eine Kettenreaktion auslösen, die zahlreiche Unternehmen in verschiedenen Ländern trifft», schreiben die Autoren.

Zwar können Versicherer solche «Kumulrisiken» laut der BIZ durch



Kommt es dazu, dass viele Unternehmen gleichzeitig von einem Cybervorfall betroffen sind, können Versicherer den Schaden nicht auffangen.

ILLUSTRATION SIMON TANNER / NZZ

Deckungslimiten und Ausschlüsse begrenzen: «Systemische Ereignisse könnten jedoch ihre Zahlungsfähigkeit gefährden.» Deshalb sei es entscheidend, die Entwicklung dieser Risiken genau zu beobachten. «Das gilt besonders angesichts neuer, leistungsfähiger KI-Modelle, mit deren Hilfe systemische Sicherheitslücken aufgedeckt werden können.» Tatsächlich benötigten Hacker früher viel technisches Fachwissen, um Angriffe durchzuführen. Heute können KI-Agenten ein Angriffsziel selbständig identifizieren, Sicherheitslücken aufspüren und dabei helfen, in IT-Systeme einzudringen und sich dort auszubreiten. Hacker können mit KI auch mehrere IT-Systeme gleich-

zeitig ins Visier nehmen und auch technisch ausgeklügelte Angriffsmethoden entwickeln.

Die Versicherer rüsten sich dagegen. Um im Ernstfall nicht in eine finanzielle Schieflage zu geraten, schränken sie den Versicherungsschutz durch Ausschlüsse ein, etwa für staatlich unterstützte Cyberangriffe, Terrorismus oder eben systemische Sicherheitslücken.

Markt ist noch klein

Die Zurückhaltung zeigt sich in den Prämienvolumen: Obwohl Cyberangriffe für Unternehmen eine immer grössere Gefahr werden, ist der Markt für Cyberversicherungen noch erstaunlich klein.

Weltweit nehmen die Versicherer laut Swiss Re in diesem Jahr voraussichtlich 16,4 Milliarden Dollar an Cyberprämien ein. Das entspricht weniger als einem Prozent des globalen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäfts.

Martin Eling, Versicherungsprofessor an der Universität St. Gallen, sagt, besonders deutlich zeige sich die Zurückhaltung bei den Deckungssummen von Cyberversicherungen. Typisch seien Versicherungssummen von 1, 3 oder 5 Millionen Franken. Das sei wenig. «Stellen Sie sich einen mittelgrossen Unternehmer vor. Wenn sein Betrieb eine Woche stillsteht, weil die IT-Systeme lahmgelegt wurden, dann ist eine Million gar nichts.» Ein Problem sei: Gerade in der

IT verwendeten zahlreiche Unternehmen dieselben Softwaresysteme. «Die Versicherer müssen damit rechnen, dass bei einem grossen Cybervorfall viele Kunden gleichzeitig Leistungen beanspruchen. Dieses Risiko versuchen sie zu begrenzen.»

Wachsende Möglichkeiten

Auch die Rückversicherer tragen einen Teil des Risikos, begrenzen ihre Kapazität für Grossereignisse aber bewusst. Die Folge sind erhebliche Versicherungslücken. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen verfügen häufig über keinen ausreichenden Schutz. Grosskonzerne können sich besser absichern, doch auch ihre Deckung hat Grenzen. Eling erwartet, dass sich diese Lücke weiter vergrössert. Durch die Fortschritte bei der künstlichen Intelligenz und die zunehmende digitale Vernetzung wüchsen die Cyber Risiken schneller als der Markt für Cyberversicherungen.

Es gibt aber auch Anlass zum Optimismus. Denn die KI verbessert die Fähigkeiten der Angreifer – aber auch jene der Angegriffenen. Der IT-Sicherheitsberater Christian Fichera von Swiss Infosec sagt, heute spielten nicht nur die Hacker, sondern auch die betroffenen Unternehmen in der Champions League. Die KI-gestützte Abwehr könne beispielsweise verdächtige Aktivitäten rasch erkennen und die betroffenen IT-Systeme automatisch sperren.

Wettkampf gegen die Zeit

Entscheidend ist die Reaktionsgeschwindigkeit. Amazons Sicherheitschef C. J. Moses warnte am Mittwoch in einem Blog-Beitrag davor, dass Hacker mithilfe künstlicher Intelligenz immer rascher neue Sicherheitslücken ausnutzen könnten.

«Bei kritischen Schwachstellen in öffentlich zugänglichen Systemen muss die Zeit für Sicherheitsupdates und Gegenmassnahmen in Stunden gemessen werden», schrieb er. Fristen von sieben oder dreissig Tagen seien nicht mehr zeitgemäss. Die Cybersicherheit wird zunehmend zum Wettkampf gegen die Zeit.

Eine Billion an Steuern – trotzdem gehen die Bürger leer aus

Der deutsche Finanzminister Lars Klingbeil sieht keinen Spielraum für die versprochene Senkung der Stromsteuer

MALTE FISCHER, DÜSSELDORF

Der deutsche Staat kann als Folge der anziehenden Konjunktur im nächsten Jahr mit höheren Steuereinnahmen rechnen. Das ist das Ergebnis der letzte Woche vorgestellten Steuerschätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung. Das Gremium erstellt zweimal im Jahr eine Vorausschau auf die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in den nächsten Jahren. Ihm gehören Experten der Wirtschaftsforschungsinstitute, der Bundesbank, des Sachverständigenrats, des Statistischen Bundesamtes sowie Vertreter der Bundesregierung, der Länder und der Gemeinden an.

Im nächsten Jahr werden laut der Schätzung die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Überweisungen an die EU zusammengefasst erstmals die Marke von 1 Billion Euro überschreiten. Mit 1,04 Billionen Euro werden sie um 4,6 Prozent höher ausfallen als in diesem Jahr. Gegenüber der Schätzung vom Mai ist dies ein Plus von 10,9 Milliarden Euro. Im Vergleich zur Mai-Schätzung kann allein die Bundesregierung nächstes Jahr mit Mehreinnahmen von 4,1 Milliarden Euro rechnen, die Bundesländer kommen auf zusätzliche Einnahmen von 2,9 Milliarden Euro, die Gemeinden auf 3,3 Milliarden Euro.

Für den Zeitraum von 2026 bis 2030 belaufen sich die erwarteten Mehreinnahmen gegenüber der Schätzung vom Mai auf 43,4 Milliarden Euro. 2030 werden die

Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften 1,15 Billionen Euro betragen. 2031 steigen sie auf 1,189 Billionen Euro.

Es fehlen weiterhin Milliarden

Das Gros der Steuern fliesst im nächsten Jahr in die Kassen der Bundesländer. Sie können mit Einnahmen von insgesamt 435,8 Milliarden Euro rechnen. Auf die Bundesregierung entfallen Einnahmen von 398,6 Milliarden Euro. Den Gemeinden werden 161,6 Milliarden Euro zufließen, die EU kann mit Steuereinnahmen von 48,2 Milliarden Euro aus Deutschland rechnen. Trotz der höheren Einnahmen sieht Bundesfinanzminister Lars Klingbeil keine Möglichkeit, die Bürger über das geplante Mass hinaus bei den Steuern zu entlasten. «Für 2027 gewinnen wir insgesamt keine neuen Spielräume hinzu, wir müssen aber auch keine neuen Lücken schliessen», sagte Klingbeil bei der Vorstellung der Steuerschätzung in Berlin.

Auf die Frage, ob die von Bundeskanzler Friedrich Merz angekündigte Senkung der Stromsteuer für alle Bürger und Unternehmen damit abgeblasen sei, antwortete Klingbeil, wer die Stromsteuer senken wolle, müsse Vorschläge mitbringen, wie er dies finanzieren wolle. «Ich habe dazu bisher noch keine Vorschläge gehört», sagte er mit Blick auf den Kanzler, die CDU sowie die Ministerpräsidenten der Bundesländer, die sich ebenfalls für eine

Senkung der Stromsteuer ausgesprochen haben.

Der Grund für Klingbeils Zurückhaltung: Im Bundeshaushalt klaffen trotz den rekordhohen Steuereinnahmen weiterhin milliardenschwere Lücken. Für 2028 beläuft sich die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben auf 22 Milliarden Euro, 2030 liegt die Lücke laut Klingbeils Planungen bei 48 Milliarden Euro.

Dazu kommt, dass die in der deutschen Verfassung verankerte Schuldenbremse von der Regierung verlangt, bei guter Konjunktur weniger Kredite aufzunehmen. Das soll sicherstellen, dass die Schulden nicht aus dem Ruder laufen. Die derzeit anziehende Konjunktur mindert daher Klingbeils Spielraum, zur Finanzierung von Steuersenkungen auf Kredite zurückzugreifen.

Mehreinnahmen durch Inflation

In ihrer Anfang Oktober vorgelegten Herbstprognose rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr mit einem preisbereinigten Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent. Das sind 0,8 Prozentpunkte mehr, als sie noch im Frühjahr erwartet hatte. Die besseren Wachstumsperspektiven sind der entscheidende Grund dafür, dass dem Staat mehr Steuern zufließen. Wächst die Wirtschaft schneller, legen auch die Gewinne, Einkommen und Konsumausgaben zu, auf die der Staat Steuern erhebt.

Entscheidend für die Steuereinnahmen ist dabei das nominale Brutto-

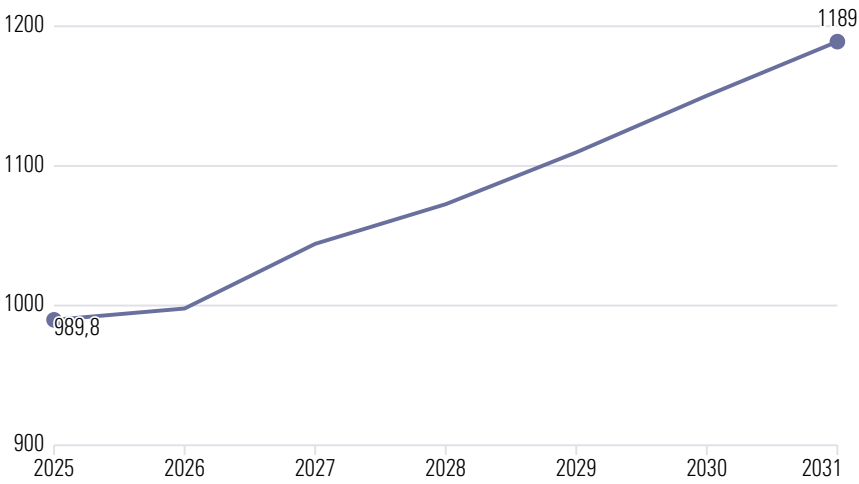
inlandprodukt. Es erfasst neben dem realen Wachstum die Entwicklung der Preise. Höhere Preise blähen die Gewinne, Löhne und Umsätze auf und spülen dem Staat so zusätzliches Geld in die Kassen. Für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg des nominalen Bruttoinlandprodukts um 4 Prozent. Zu dem preisbereinigten Anstieg von 1,3 Prozent addiert sich ein Anstieg der Verbraucherpreise von 2,7 Prozent. Für 2027 rechnet die Regierung mit

einem nominalen Plus der Wirtschaftsleistung von 4,3 Prozent.

Klingbeil kann also mit zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. Im Gegenzug muss er sich jedoch bei der Aufnahme neuer Kredite einschränken. Um die Bürger zu entlasten, müsste er deshalb die Ausgaben im Etat kürzen. Dazu aber sind er und seine sozialdemokratische Partei nicht bereit. Solange dies so bleibt, werden die Bürger und Unternehmen von den Mehreinnahmen des Staates wenig haben.

Unersättlicher Staat

Erwartete Steuereinnahmen¹ der Gebietskörperschaften² in Deutschland



¹in Milliarden Euro; ²Bund, Länder, Gemeinden sowie Überweisungen an die EU; 2025: Ist-Wert, ab 2026: Prognose

QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN, ARBEITSKREIS STEUERSCHÄTZUNGEN

NZZ / mfi.